Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Neutorstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3554. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wessing. Werth: Th. Paraas. Postscheckkonto: Dortmund 1

Nummer 15 | Sonntag, den 15. Januar | Jahrgang 1928

Zentrum und Bayrische Volkspartei.

Durch die Regensburger Vereinbarung sind das Zentrum und die Bayrische Volkspartei zu einander in engere Beziehungen getreten, die sich nicht nur im Reichstag durch stete Tuchfühlung der beiden Fraktionen, sondern auch durch gemeinsame Wahlvorschläge in Bayern geltend machen sollen. Bis es zu der Vereinbarung kam, hat reichlich lange verhandelt werden müssen. Die größten Schwierigkeiten bestanden wegen der Pfalz, weil dort das Zentrum in etwa gleicher Stärke der Bayrischen Volkspartei gegenübersteht. Im Reichsparteivorstand des Zentrums war man sich durchaus bewußt, daß den pfälzischen Parteifreunden durch den Pakt mit der Bayrischen Volkspartei ein Opfer zugemutet wurde. Denn wenn auch die weltanschauliche Grundlage beider Parteien die gleiche ist, so unterscheiden sie sich doch auch in mancherlei Beziehung, vor allem dadurch, daß in der Hingabe an den heutigen Staat und auch im Verhältnis zur Sozialdemokratie, mit der das Zentrum drei Jahre lang im Reichstag und seit 1919 in Preußen, Baden, Württemberg und Hessen koalliert ist, starke Verschiedenheiten bestehen. Wenn nun jetzt in Neustadt a. d. H. ein Pfälzischer Zentrumsparteitag abgehalten wurde, so war es ganz selbstverständlich, daß man auf diese Parteiunterschiede zu sprechen kam. Knüpft man allgemein in der Zentrumspartei an die Regensburger Vereinbarung die mehr oder weniger starke Hoffnung, daß es in späterer Zeit gelingen werde, die Bayrische Volkspartei wieder mit dem Zentrum zu vereinigen, sie also, offen gesagt, von ihrer in verschiedenen, nicht unwesentlichen Fragen abweichenden Haltung abzubringen, so ist das Zentrum in der Pfalz, wo es auf engem Raum, in Gemeindevertretungen usw., mit der Bayrischen Volkspartei zu tun hat, in dieser Hinsicht nach wie vor skeptisch. An dieser Skepsis konnte natürlich auch der Abg. von Guérard, der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, in seiner Rede auf dem Pfälzer Parteitag, nicht stillschweigend vorüber gehen. Er mußte dazu etwas sagen und hat nach dem Bericht der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung", die ein Zentrumsblatt ist, erklärt: „Wir müssen noch Erziehungsarbeit leisten an der Bayerischen Volkspartei" und zwar „Erziehungsarbeit in staatspolitischer Hinsicht . . . ." „Bei der Zusammenarbeit haben wir allerdings noch Arbeit, die Bayerische Volkspartei auf unsere staatspolitische Auffassung zu bringen." Diese ganz natürlich zu erklärenden Worte haben in der Presse der Bayrischen Volkspartei starken Anstoß erregt. Noch mehr aber die folgenden Sätze in der Rede von Guérards:

„Wir haben anerkannt, daß der neue Staat, die Republik, die einzige Möglichkeit ist, auf der unser deutsches Vaterland wieder aufgebaut werden kann . . . Wenn noch einige Jahre ins Land gegangen sind, dann wird in Deutschland die Zahl derer, die nicht gestern, die Monarchisten, zu einem kleinen Häuflein zusammengeschrumpft sein. Die Deutsche Zentrumspartei aber ist eine republikanische Partei . . . Auf dem Boden, wo wir heute stehen, werden wir auch in Zukunft bleiben und unsere klare Einstellung zur Republik wird sich nicht ändern . . . Wir lehnen immer zwei Dinge ab: Nach Rechts werden wir jede Rückkehr zur Monarchie mit allen Mitteln bekämpfen und nach Links den sozialistischen Klassenstaat verneinen . . . Die Sozialdemokratie hat auch dieser sogenannten Rechtsregierung gegenüber immer eine vernünftige Opposition getrieben, das muß anerkannt werden . . . Die Sozialdemokratie ist ein realpolitischer Faktor, mit dem man rechnen muß, und es kann die Zeit kommen, wo wir wieder mit ihr zusammenarbeiten müssen . . . ."

Kein Zentrumswähler wird an diesen durchaus realpolitischen Sätzen etwas ernstlich kritisieren können. Höchstens könnte jemand darauf hinweisen, daß doch der Parteivorsitzende Marx jüngst noch betont habe, das Zentrum sei von jeher eine Verfassungspartei gewesen und nur, weil sie das gewesen, habe sie die Verfassung von Weimar anerkennen und gutheißen können. Es ist sicher richtig, daß das Zentrum eine Verfassungspartei ist, weil sie es aber ist, weil sie überzeugt auf dem Boden der republikanischen Reichsverfassung steht, darum ist sie auch eine republikanische Partei, was sie hinwiederum nicht zu hindern vermag, auch Monarchisten, die die Verfassung als rechtmäßig zustande gekommenes Gesetz anerkennen, in ihren Reihen zu haben. Das ist immer der Standpunkt des Zentrums gewesen, und er dürfte der Bayrischne Volkspartei nicht unbekannt geblieben sein.

Um so mehr muß man sich wundern, daß die Rede von Guérards den führenden Kreisen der Partei auf die Nerven gegangen ist. Schreibt doch die parteiamtliche „Bayrische Volkspartei-Korrespondenz":

„Es hat keinen Sinn, zu verschweigen, daß die Bemerkungen von Guérards über seine Auffassung des Verhältnisses der Zentrumspartei zur Frage der Staatsform im Lager der Bayerischen Volkspartei äußerst peinlich berührt haben. Selbstverständlich steht es bei der durch das Regensburger Abkommen in keiner Weise berührten Selbständigkeit der beiden Parteien keinem der beiden Teile zu, sich gegenseitig Vorschriften zu machen. Die Behauptung Guérards aber, die Deutsche Zentrumspartei sei eine republikanische Partei, steht mit der Feststellung des Reichskanzlers Marx, daß die Zentrumspartei eine Verfassungspartei sei, in unvereinbarem Widerspruch. Guérard ist aber noch einen Schritt weiter gegangen, indem er die höchst unglückselige Redewendung gebrauchte, es müsse von Zentrumsseite an der Bayerischen Volkspartei noch Erziehungsarbeit in staatspolitischer Hinsicht geleistet werden, und die Bayerische Volkspartei müßte auf die staatspolitischen Auffassungen des Zentrums gebracht werden. Herr v. Guérard irrt sich im Erziehungsobjekt. die Bayerische Volkspartei ist in dieser Beziehung vollkommen erzogen. Sie hat nichts hinzuzulernen, sie steht auf dem Boden des alten staatspolitischen Zentrumsgrundsatzes, wie ihn Reichskanzler Marx klar zu betonen für nötig befunden hat, weil es darüber an mangelnder Klarheit im Zentrumslager zu fehlen scheint. Niemals wird die Bayerische Volkspartei eine republikanische Partei werden, sie denkt nicht daran, die Partei in Gefahren zu bringen, die ihr Wesen als Weltanschauungspartei gefährden könnten. Es ist bedauerlich, daß in diesen so grundlegenden Fragen in der Deutschen Zentrumspartei so differenzierte Auffassungen sich geltend machen. Es ist ja dies leider nicht die einzige Frage, über die keine Uebereinstimmung besteht."

Man irrt ganz entschieden in der Bayrischen Volkspartei, wenn man der Meinung ist, daß tatsächlich zwischen Marx und v. Guérard hinsichtlich der Stellung des Zentrums zur Republik Auffassungsverschiedenheiten vorlägen. Davon kann gar keine Rede sein. Wir müßten Marx wirklich schlecht kennen, wenn er nicht heute noch genau so überzeugter Republikaner wäre wie zur Zeit seiner Präsidentschaftskandidatur. Es scheint uns aber, daß die Bayrische Volkspartei, obwohl ihre offizielle Korrespondenz zugibt, daß beide Parteien ihre Selbständigkeit gewahrt haben, im Stillen doch die Regensburger Vereinbarung als eine Art Verpflichtung des Zentrums für ihre speziellen Parteiinteressen angesehen hat. Den Eindruck gewannen wir bereits, als wir die Kommentare ihrer Presse zu dem Regensburger Abkommen zu Gesicht bekamen. So ist dies Abkommen von Zentrumsseite sicherlich nicht gedacht worden, daß nunmehr das Zentrum mit der Bayrischen Volkspartei durch dick und dünn gehen würde. Beide Parteien haben — das sei noch einmal ganz eindeutig ausgesprochen — von ihrer Selbständigkeit nichts aufgegeben. Sie haben, um das Neben- und Gegeneinander in Bayern, namentlich das wenig schöne Bild sich politisch bekämpfender katholischer Kreise in der Pfalz zu beseitigen, nach einem Modus für ein freundschaftliches Miteinander gesucht und haben diesen Modus gefunden. Sie haben ferner eine engere Fühlungnahme ihrer beiden Reichstagsfraktionen vereinbart. Mehr war nach Lage der Dinge nicht möglich. Eine Verschmelzung der beiden Parteien konnte nicht in Frage kommen. Das sah man im Zentrum klar ein, weil die Bayrische Volkspartei ihre Eigenart bewahren wollte, und man sah es auch in den bayrischen Kreisen ein, weil doch das Zentrum zwar in sehr vielen Fragen genau so denkt wie die Bayrische Volkspartei, in anderen politisch durchaus nicht nebensächlichen Fragen aber anders. Trotz dieser Nichtübereinstimmung ist auf beiden Seiten der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß die Regensburger Vereinbarung der erste Schritt zur Wiederherstellung der politischen Einheitsfront des deutschen Katholizismus sei. Diese Ueberzeugung haben wir auch noch heute. Daß die Bayern mit uns in mancher Beziehung noch nicht übereinstimmen, bedauern wir, aber das hindert uns trotz das „Niemals" in dem obigen Zitat nicht, auf die Zukunft zu hoffen. Verstehen können wir wohl, wenn man in der Bayrischen Volkspartei von Guérards Aeußerung über die „Erziehungsarbeit in staatspolitischer Hinsicht" peinlich empfindet. Die Aeußerung ist nicht glücklich, aber sie ist aus der eingangs geschilderten Situation, den Verhältnissen in der Pfalz, zu erklären.

Wenn die „Bayrische Volkspartei-Korrespondenz" ihrem einem Schwur ähnlichen Ausspruch, daß die Bayrische Volkspartei niemals eine republikanische Partei werden werde, hinzufügt, daß dies leider nicht die einzige Frage sei, über die keine Uebereinstimmung bestehe, so spielt sie damit offensichtlich in erster Linie auf das Problem Reich und Länder an. Wir haben hier immer die Meinung vertreten, daß das Zentrum aus staatspolitischen Gründen für möglichste Rücksichtnahme auf Bayern eintreten solle, sind aber durchaus auch der Meinung, daß diese Rücksichtnahme nicht einer Verpflichtung gegen jeden Fortschritt gleichkommen darf, geschweige denn einer Verpflichtung zur Unterstützung von Wünschen, die auf eine Schwächung der Reichsgewalt hinauslaufen. Der Abgeordnete Dr. Kaas hat auf dem Rheinischen Parteitag in Trier das glückliche Wort ausgesprochen, daß Angelegenheiten, die heute Angelegenheiten des Reiches sind, nicht mehr an die Länder zurückgegeben werden können. Er hat ferner gesagt, daß auf dem Altare der Einigung mit der Bayrischen Volkspartei nicht das Prinzip des gesunden staatspolitischen Fortschritts geopfert werden dürfe. Und der Abg. Joos, der an den Verhandlungen in Regensburg beteiligt war, hat später hinzugefügt, daß das Zentrum durch seine Verständigung mit der Bayrischen Volkspartei in keiner Weise festgelegt sei. Dies scheint man in Bayern zu übersehen, sonst wäre die Erregung über die Rede von Guérards, die natürlich auch in den Leitartikeln der bayrisch-volksparteilichen Presse zum Ausdruck kommt, schwer zu verstehen. Freundschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Listen in Bayern, freundschaftliche Tuchfühlung im Reichstag: mehr ist in Regensburg nicht vereinbart worden. Alles andere hat man vielmehr Anger Weise der Zukunft überlassen.

Wer wird Geßlers Nachfolger?

Provisorische oder endgültige Besetzung des Postens?

Von unserer Berliner Redaktion.

:-: Berlin, 14. Januar.

Der anscheinend unbeugsame Wille des Reichswehrministers Dr. Geßler, sich von seinen Rücktrittsabsichten diesmal nicht, wie es früher jedesmal geschehen ist, abbringen zu lassen, führt notwendigerweise dazu, daß die Frage der Nachfolgerschaft in politischen Zirkeln und in der Presse lebhaft erörtert wird. Vorerst neigt man in eingeweihten Kreisen nach wie vor der Auffassung zu, daß es am zweckmäßigsten sei, den Antrag Geßlers auf Verabschiedung nur mehr als Urlaubsgesuch zu betrachten und einen Reichsminister mit der provisorischen Führung der Geschäfte zu beauftragen. Nach Verlautbarungen aus parlamentarischen Kreisen soll für ein solches Provisorium Reichskanzler Dr. Marx oder Reichswirtschaftsminister Dr Curtius in Frage kommen. Wenn der Name des Reichswirtschaftsministers in die Debatte geworfen wird, so hängt das mit den Bestrebungen der Deutschen Volkspartei zusammen, sich den Posten des Reichswehrministers auf alle Fälle für die Zukunft sichern zu wollen. In den Reihen der Deutschen Volkspartei wird sogar von Rechtsansprüchen geredet, die man auf die Besetzung des Reichswehrministeriums habe. Mit dürren Worten erklärt dies auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die der Auffassung ist, hinsichtlich der Parteistellung des neuen Ministers herrsche in parlamentarischen Kreisen weitgehende Uebereinstimmung darüber, daß der freiwerdende Sitz im Kabinett der Volkspartei einzuräumen sei; diese Partei habe bei der Zusammensetzung des Kabinetts einen Anspruch auf Berücksichtigung. Weiter heißt es dann in dem genannten Organ:

„Was am stärksten gegen eine kommissarische Betrauung spricht, ist der Umstand, daß nach den Wahlen unter gegebenenfalls ungünstigeren Verhältnissen die Neubesetzung vorgenommen werden müßte. Eine gemäßigte Persönlichkeit jedoch die der Reichswehr im wesentlichen die gleiche Einstellung wie Dr. Geßler entgegenbringe, hätte begründete Aussicht, das Amt auch über die Neuwahlen hinaus behalten zu können".

Eine derartige Betrachtungsweise scheint uns verfehlt. Gerade weil man noch nicht sagen kann, welches Resultat wir in diesem Jahre bei den Wahlen erhalten werden, muß einer provisorischen Lösung der Vorzug gegeben werden. Solte jedoch eine endgültige Entscheidung bald getroffen werden, so werden parteitaktische Wünsche nicht allzusehr in den Vordergrund geschoben werden dürfen. Die Weiterentwicklung der Reichswehr erfordert unbedingt in der Leitung des Ministeriums eine Persönlichkeit, die den Geräuschen der Parteipolitik entrückt ist. Es ist natürlich äußerst schwierig, einen solchen Mann zu finden. Aus diesem Grunde wird auch jedwede Ueberstürzung vermieden werden.

Die Liste der angeblichen Kandidaten, von denen wir gestern bereits drei nannten, hat sich um zahlreiche Namen vermehrt. Selbstverständlich handelt es sich bei all diesen Verlautbarungen nur um Wunschgebilde, denen jeder ernsthafte Hintergrund fehlt. Im Vordergrund aber ist die Rechtspresse dabei, für Dr. Geßler einen Nachfolger ausfindig zu machen, um zu zeigen, nach welcher Richtung man operiert. Es soll z. B. nur darauf verwiesen werden, daß die „Deutsche Zeitung" den früheren preußischen Kriegsminister Generalleutnant Scheuch von allen anderen Kandidaten als geeignete Persönlichkeit ausfindet. Daneben verzeichnet das Blatt auch noch das Auftauchen des Gedankens, General Heye als Stellvertreter des Wehrministers einzusetzen. General Heye soll übrigens, wie man ihm hier und da dem Blatt zufolge nachsagt, nicht abgeneigt sein, nicht nur Stellvertreter, sondern Reichswehrminister zu werden. Weiter gibt es nicht unbedeutende Kreise, die eine parteipolitisch nicht gebundene Kandidatur empfehlen. In diesem Zusammenhang hört man den Namen von General Gröner, der ernsthaft favorisiert worden soll. Schließlich sei noch ein von dem „Lokalanzeiger" verzeichnetes Gerücht erwähnt, daß in der Umgebung des Kanzlers der Gedanke erörtert worden sei, den früheren Reichsinnenminister Dr. Külz in das Reichswehrministerium zu berufen. Dies alles sind aber Kombinationen oder Wünsche, denen man nicht allzu große Bedeutung beilegen soll. Die Entscheidung wird durch den Reichspräsidenten nicht überstürzt, aber mit Rücksicht auf die Etatarbeiten bald gefällt werden. Die provisorische Lösung hat, wie nochmals betont sei, die größere Wahrscheinlichkeit für sich.

Dr. Luther an Stelle Geßlers?

)) Berlin, 14. Jan. Die „B. Z. am Mittag" verzeichnet ein Gerücht aus parlamentarischen Kreisen, wonach auf eine Kandidatur Dr. Luthers für den Posten des Reichswehrministers in den Kreis der Erwägungen einbezogen werden. Eine solche Kandidatur dürfte nach Ansicht des Blattes wohl vor allen bei der Volkspartei Unterstützung finden, der Dr. Luther vor nicht langer Zeit beigetreten ist.

*

Wenn wir unser eigenes Urteil über die oben genannten Persönlichkeiten abgeben sollen, so würden wir General Gröner, dem früheren Generalquartiermeister und späteren Verkehrsminister, unter allen Umständen den Vorzug geben. Gröner ist ein maßvoller, kluger, demokratisch gesinnter Mann, dessen Zuverlässigkeit in jeder Beziehung keinen Zweifel aufkommen lassen kann. Er war zudem einer der befähigtsten Offiziere der alten Armee und vereinigt in sich alle Eigenschaften, die für den Reichswehrminister wünschenswert sind. Ein aktiver General kann, mag er auch eine so schätzenswerte Persönlichkeit wie General Heye, der Chef der Heeresleitung sein, aus allgemein-politischen Gründen nicht in Frage kommen.

Die Länderkonferenz.

+ Berlin, 14. Jan. Das Reichskabinett beschäftigte sich laut „Lokalanzeiger" auch in seiner gestrigen Sitzung mit den Vorbereitungen zu den in den nächsten Tagen beginnenden Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder. Die Beratung wurde abgebrochen. Es wurde ein Einverständnis über die zu behandelnden Punkte erzielt, die für die Verhandlungen als Grundlage dienen sollen. Vorgesehen ist am Schluß der Sitzung, in einer gemeinsamen Kundgebung der Reichsregierung und der Ministerpräsidenten der Länder hervorzutreten.

Ein bayrischer Aufruf für Föderalismus.

× München, 14. Jan. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen unter der Ueberschrift „Der Kampf um Bayern" einen Aufruf, der von einer großen Zahl führender Männer aller Kreise unterzeichnet ist und für die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des bundesstaatlichen Charakter des Reiches eintritt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Ohne eine gewisse wirtschaftliche Kraft und Macht als Rückhalt, ist eine eigene, freie, im Heimatboden und im Wesen seiner Bevölkerung wurzelnde kulturelle Entwicklung und Blüte nicht möglich und ohne eine gewisse politische, bundesstaatliche Selbstbestimmung mit einer Gesetzgebungskompetenz und Finanzverwaltung ist eine entsprechende günstige Wirtschaftsentfaltung auf Grund der eigenen Vorbedingungen des Landes und seiner Bevölkerung in Bayern und ähnlich in den anderen Bundesstaaten auch nicht möglich. Das ist der Kernpunkt des Problems. Nur auf dem Wege des Bundesstaatsgedankens wird die Einigkeit und nationale Einheit aller Deutschen gesichert, einer bodenständigen wirklichen Kultur im ganzen deutschen Volke die Entwicklung ermöglicht und für eine unbegrenzte Heimat- und Vaterlandsliebe aller Deutschen die Grundlage geschaffen und auch nur so bei wirklich bundesstaatlicher Struktur des Reiches und seiner Verfassung ist dann der Zusammenschluß mit Deutsch-Oesterreich und die Wiedergewinnung der verloren gegangenen Deutsch-sprachigen Gebiete und des allgemeinen Ansehens Deutschland in der Welt möglich.

*

Daß das allgemeine Ansehen Deutschlands in der Welt mit seiner inneren Struktur zusammenhängen soll, auf diese Idee kann nur ein ganz krauses Gehirn kommen. Durch solche Uebertreibung schadet man in Bayern der Sache, die man verficht, mehr, als daß man ihr nützt. Es ist anzunehmen, daß dieser Aufruf die Folge des Aufrufs ist, den vor acht Tagen der „Bund zur Erneuerung des Reichs" veröffentlicht hat. Dieser Aufruf ließ bekanntlich die Frage noch offen, ob die Neugliederung des Reichs auf unitarischer oder föderativer Grundlage vorgenommen werden müsse, betonte aber mit Recht die Notwendigkeit einer Stärkung der Reichsgewalt. Einen ähnlichen Gedanken sucht man natürlich in dem bayrischen Aufruf vergebens. Aber seine Unterzeichner befinden sich in einem gröblichen Irrtum, wenn sie glauben, es sei noch möglich, das Reich zugunsten der Eigenbrötelein der Länder zu schwächen. Bayern möge seine sogenannte Eigenstaatlichkeit behalten, so lange es Lust hat, aber das übrige Deutschland muß verlangen, daß es sich, wenn solche Rücksicht genommen wird, seiner inneren Entwicklung nicht in den Weg stellt. Die Aufteilung Preußens in eine etwa den heutigen Provinzen entsprechende Zahl von Reichsländern, denen sich die vom preußischen Gebiet eingeschlossenen Länder anschließen, der von dem Abg. Andre dieser Tage im Württembergischen Landtag angeregte Zusammenschluß von Baden, Württemberg und Hohenzollern, und die Vereinigung Sachsens mit Thüringens: das muß als Nächstliegendes erstrebt werden. Daneben wird allerdings noch zu prüfen sein, ob und inwiefern die Befugnisse der Länder einer Einschränkung bedürfen.

Die vermiedene französische Kabinettskrise.

)) Paris, 14. Jan. Der Verlauf der gestrigen Kammersitzung und die auf Regierungsorder vollzogene Wiederverhaftung der kommunistischen Deputierten Cachin und Vaillant-Couturier wird in den Pariser politischen Kreisen lebhaft besprochen. Schon der Ausfall der beiden Abstimmungen, die unter dem Druck der Vertrauensfrage vorgenommen wurden, zeigte, daß die Regierung nicht über eine allzugroße Mehrheit verfügte. Aus den Wan-

belgängen der Kammer sickerte aber im Laufe des gestrigen Tages doch soviel durch, daß man davon sprechen kann, daß das Schicksal der Regierung an einem seidenen Fädchen hing. Ihr Bestand war durch die Möglichkeit eines Rücktritts Herriots gefährdet, auf den die radikalsozialistische Partei und namentlich deren neuer Vorsitzender Daladier einen Druck ausübten. Bereits vor der Sitzung hatte Herriot Daladier das Versprechen gegeben, daß er sein Amt niederlegen werde, falls die Mehrheit der radikalsozialistischen Gruppe gegen die Regierung stimme. Von 123 anwesenden radikalsozialistischen Mitgliedern haben 32 gegen und 43 für die Regierung gestimmt, während 48 Radikalsozialisten sich der Stimme enthielten. Die Stimmenthaltungen wurden von Daladier als regierungsfeindliche Stimmen ausgelegt, sodaß Herriot mitteilen konnte, die Mehrheit der Gruppe habe gegen die Regierung gestimmt und der Unterrichtsminister müsse seine Demission geben. Den Radikalsozialisten, die sich der Stimme enthielten, war aber anscheinend vor der Verantwortung für eine Regierungskrise bange, sodaß sie sich zu Herriot begaben und ihm erklärten, ihre Stimmenthaltung bedeute gerade das Gegenteil einer regierungsfeindlichen Stellungnahme. Sie baten ihn deshalb, im Amt zu bleiben. Darauf ist es anscheinend auch zurückzuführen, daß der heutige Staatsanzeiger gegenüber den im Plenum bekanntgegebenen Abstimmungsziffern die berichtigten Ziffern veröffentlicht. Von den 227 gegen die Regierung abgegebenen Stimmen verbleiben nach der Richtigkeit nur noch 176, was auf eine Erhöhung der Zahl der stimmenthaltenden Deputierten zurückzuführen ist.

Die Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien.

Genf, 13. Jan. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht ein Schreiben Briands als Vorsitzender der Botschafterkonferenz (Frankreich, England, Italien und Japan) über die Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien und den Uebergang des Investigationsrechts an den Völkerbundsrat. Dabei wird in dem Schlußbericht der Liquidationskommission darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen und administrativen Maßnahmen der bulgarischen Regierung geeignet seien, den Verpflichtungen des Friedensvertrages von Neuilly zu genügen, wenn auch bis in die letzte Zeit in Bezug auf den Erlaß und die Anwendung der Gesetze insbesondere über die Rekrutierung und die Organisation der Armee Unterlassungen festgestellt werden mußten. Ferner wird unterstrichen, daß der Artikel 71 der bulgarischen Verfassung, welcher die obligatorische Militärpflicht vorsieht, was dem Friedensvertrag widerspreche, noch nicht liquidiert worden sei, trotz dem Versprechen der bulgarischen Regierung, es beim Wiederzusammentritt der großen Nationalversammlung vornehmen zu lassen.

Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß es evtl dem Völkerbundsrat zustehe, aus diesen Feststellungen der Liquidationskommission in Bezug auf die Anwendung des Investigationsverfahrens die sich ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ein mazedonischer Racheakt.

× **Belgrad**, 13. Jan. Mazedonien wurde heute abermals Zeuge eines neuen blutigen Attentats, das diesmal von einer Frau begangen wurde. Als der juristische Beirat des Skoplje Kreises, Prelitsch, um 12 Uhr 30 Min sein Büro in Skoplje verließ, gab eine Frau auf ihn mehrere Revolverschüsse ab. Prelitsch fiel schwer verletzt zu Boden. Die Attentäterin wurde von Gendarmen festgenommen und in das Gefängnis übergeführt. Es handelt sich um eine 25jährige Mazedonerin mit Namen Mara Buljew, geborene Tetowo, die verheiratet ist mit einem bulgarischen Handwerker. Sie soll sich vor kurzem in Bulgarien aufgehalten haben und jetzt nach Skoplje zurückgekehrt sein wo sie Verwandte besitzt. Nach allgemeiner Annahme handelt es sich um einen mazedonischen Racheakt gegen Prelitsch, der die Untersuchung gegen die vor kurzem zu Zuchthausstrafen verurteilten mazedonischen Studenten geführt hatte. Das Attentat rief einen tiefen Eindruck in Skoplje hervor. In Belgrad erwartet man politische Folgen. Prelitschs Zustand ist ernst.

Unmittelbar nach dem Attentat richtete Frau Mara Buljew die Waffe gegen sich und brachte sich eine schwere Verletzung am Leib bei der sie später im Hospital erlag. Vor ihrem Tode machte sie Angaben über ihre Person, verweigerte jedoch jede Auskunft über die Motive zu dem Attentat.

Das bolschewistische Todesurteil gegen den Papst.

= **Köln**, 13. Jan. Nach Erkundigungen des römischen Vertreters der „Kölnischen Zeitung" beruht die Meldung des „Impero" über die Zusendung des bolschewistischen Todesurteils gegen den Papst an den Vatikan auf dem Passus einer Rede des venetianischen Kardinals La Fontaine, worauf der Vertreter einer französischen Agentur die gestrige Nachricht an französische Blätter verbreitete, aus denen sie vom „Impero" übernommen wurde. Tatsächlich ist das Todesurteil, auf das La Fontaine anspielte, alten Datums; aber es ist niemals dem Vatikan mitgeteilt worden, wie der „Impero" behauptete. — Das „Todesurteil" ist also wirklich „gefällt" worden und es handelt sich nicht, wie man anfangs anzunehmen geneigt war, um einen Bären, den sich „Impero" hatte aufbinden lassen.

Die preußischen Domänen.

× **Berlin**, 13. Januar.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Freitag mit dem Haushalt der Domänenverwaltung. Der Berichterstatter Abgeordneter Weitärmel (Dnt.) stellte fest, die Einnahmen bei einem Hektar verpachteter Fläche seien von 32,45 auf 40,72 Mark gestiegen. Es gäbe jetzt 11 selbstbewirtschaftete Domänen mit 8120 Hektar. Der Ueberschuß betrage pro Hektar 26,13 Mark, also erheblich weniger als bei den verpachteten Domänen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger besprach zunächst die Neuerwerbung aus dem Hohenzollernvergleich. Zwei Erwerbungen seien in Selbstbewirtschaftung genommen worden. Die Lage der Domänenpächter sei vielfach katastrophal. Der Pachtmarkt sei zur Zeit wieder versteift, besonders sei bei besseren Domänen die Nachfrage rege. Im Osten allerdings sei es allerdings schwer, eine Domäne an den Mann zu bringen. Zur Stützung der Domänenpächter habe man in 30 Einzelfällen 285 Millionen Mark Darlehen ausgegeben. Man habe im letzten Jahre Domänen für 7,8 Millionen Mark angekauft. Seit dem Jahre 1919 habe man rund 32000 Hektar für Siedlungszwecke abgegeben. Im Jahre 1927 seien rund 800 Hektar als Anliegersiedlungsland an Kleinpächter gegeben worden. Vier Domänen mit 1800 Hektar seien zu Siedlungszwecken im Jahre 1927 gegeben worden. Ueber 2800 Hektar schweben Verhandlungen. Der Bau von Landarbeiterwohnungen auf den Domänen werde stark gefördert. Für eine Million Mark seien im Jahre 1927 rund 370 Wohnungen gebaut worden. Bei Bedarf seien über 1800 neue Arbeiterwohnungen angefordert mit 17 bis 18 Millionen Mark Kosten. Am dringlichsten sei die Frage der Bodenmelioration. Das Geld fehle in erheblichem Maße. Selbstbewirtschaftete Domänen könne man nicht entbehren. Für die Bodengewinnung an der Nordsee seien drei Millionen Mark verbraucht. Man habe rund 4000 Hektar Neuland gewonnen.

Der Minister betonte noch, daß für die fiskalischen Bäder durch die geplante Bäderanleihe größere Mittel zur Verfügung gestellt werden würden, damit diese Bäder vorbildlich ausgestattet werden könnten. Alles in allem sei der Gesamtabschluß der Domänenverwaltung, der einen Reingewinn von über 12 Millionen Mark aufweise, durchaus zufriedenstellend.

Die Unterschlagungen bei den Leuna-Werken.

)!(**Halle**, 14. Jan. Zu den in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Meldungen über die Betrügereien im Leunawerk teilt die Direktion der Leunawerke in einer Richtigstellung u. a. mit: Es ist unwahr, daß ein Mitglied der Direktion des Ammoniakwerkes in die zur Zeit schwebende Strafuntersuchung verwickelt ist. Der Regierungsbaumeister Schönberger war schon aus dem Dienste des Ammoniakwerkes ausgeschieden, als das bereits gegen den Makermeister Schönfeld und Genossen schwebende Verfahren auch auf ihn ausgedehnt wurde. Justitiar Boller, der ebenso wenig wie Regierungsbaumeister Schönberger der Direktion des Ammoniakwerks angehört, ist in keiner Weise in die zur Zeit schwebende Strafuntersuchung verwickelt. Völlig unwahr sind die Behauptungen, daß belastendes Material zum Fall Schönfeld von der Direktion des Ammoniakwerkes unterdrückt worden sei. Die Direktion ist jetzt, wie stets bemüht, Verfehlungen mit allen Mitteln und ohne Ansehen der Person zu bekämpfen und unmöglich zu machen.

Eine Erfindung zur Kontrollierung der Automobilgeschwindigkeit.

)) **Oslo**, 14. Jan. Einem norwegischen Polizeibeamten ist es gelungen, eine Aufsehen erregende Erfindung zu machen, die auf dem Gebiete des Automobilverkehrs große Bedeutung gewinnen dürfte. Es handelt sich um einen Apparat, der es ermöglicht, die Schnelligkeitsentwicklung der Automobile jederzeit genau zu kontrollieren. Durch einen sinnreichen Mechanismus wird eine mit dem Motor in Verbindung stehende Sirene bei Ueberschreitung der Geschwindigkeitsgrenze eingeschaltet. Unabhängig automatisch vom Signalapparat fällt bei Ueberschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eine kleine Glaskugel in einen plombierten Kontrollbehälter. Dadurch ist der Polizei die Möglichkeit gegeben, jederzeit festzustellen, ob und wie oft ein Auto die Geschwindigkeitsvorschriften überschritten hat. Beide Mechanismen können auf jede gewünschte Fahrtgeschwindigkeit eingestellt, sowie bei Rennen usw. ausgeschaltet werden. Die erste Probefahrt habe die praktische Brauchbarkeit der Erfindung bereits einwandfrei erwiesen.

Der Streit um die Arbeitszeit in der Industrie.

)(**Berlin**, 14. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat laut „Germania" an die preußischen Minister für Handel und Gewerbe, sowie an die zuständigen Ministerien von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden einen Erlaß herausgegeben, in dem er darauf hinweist, daß auf Grund der Bundesstaatsverordnung vom Jahre 1895 die Sonntagabendschicht in der Großeisenindustrie nur nach 12stündiger Betriebsruhe aufgenommen werden dürfe. Weiter wird in dem Schreiben des Arbeitsministers darauf hingewiesen, daß auch die Walzwerke als zur Stahlindustrie gehörig bezeichnet werden müssen, wenn die vom Stahlwerk geheizten Blöcke noch mit einer zusätzlichen Wärme im Walzwerk versehen würden. Der Begriff „von den Martinwerken in einer Hitze gespeisten Walzwerke" gilt also auch für diese Walzwerke, während es bei dem Begriff „kalt einsetzende Walzwerke" sein Bewenden hat, also ein Aufschub der neuen Arbeitszeit hierfür nicht in Frage kommt.

Vermischte Nachrichten.

Johanniterkreuz und Schupo.

:•: **Berlin**, 14. Jan. Auf eine Eingabe der republikanischen Beschwerdestelle Berlin, daß eine Anzahl Offiziere der preußischen Schutzpolizei auf ihrem Uniformrock das Johanniterkreuz tragen, das Abzeichen eines Ordens, der seinen Mitgliedern besondere Treue zum Königshause vorschreibt, hat der preußische Minister des Innern der Beschwerdestelle folgenden Erlaß mitgeteilt: Das Anlegen von Orden wird durch eine neue in Bearbeitung befindliche Bekleidungsvorschrift geregelt werden. Es wird in Zukunft nur noch das Anlegen von Kriegsorden und -ehrenzeichen sowie der Rettungsmedaille am Bande und des Sportabzeichens gestattet werden.

Eine Mutter tötet sich und ihre drei Kinder.

:: **Berlin**, 14. Jan. In der vergangenen Nacht hatte sich in Abwesenheit des Ehemannes die 32 Jahre alte Frau Ritter mit ihren drei Kindern im Alter von 14, 12 und einem Jahr mit Gas vergiftet. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben bei sämtlichen vier Personen erfolglos. Nach hinterlassenen Briefen ist Selbstmord unzweifelhaft, doch ist der Beweggrund noch nicht festgestellt.

Verhaftung eines Spions.

∨ **Prag**, 13. Jan. Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Kaschau: Die hiesige Polizei verhaftete den aus Ungarn stammenden Spion Papy, der seit 1922 im ungarischen Spionagedienst stand. Der Verhaftete hat auch seine Spionagetätigkeit bereits eingestanden. Weitere Verhaftungen von Personen, die im Verdacht der Spionage stehen, sind zu erwarten.

Ein Zusammenstoß.

(!) **Wien**, 14. Jan. Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen teilt mit: Im Bahnhof Wiener-Neustadt fuhr heute ein fahrplanmäßiger Zug, infolge dichten Nebels, auf eine Vorheizlokomotive, wobei beide Lokomotiven sowie der Dienstwagen und ein Personenwagen beschädigt wurden. Durch den Anprall wurden 40 Personen verletzt. Die Verletzungen sind durchweg leichter Natur.

Das Bergwerksunglück in Columbien.

)(**Bogota**, 13. Jan. Die infolge eines Einsturzes in einem Bergwerk bei Cali am Dienstag eingeschlossenen 100 Bergleute sind sämtlich gerettet worden.

Fünf Kinder verbrannt.

∨ **Philadelphia**, 13. Jan. In der Vorstadt Germantown wurde das Gemeindehaus durch einen siebenjährigen Knaben, der versehentlich ein brennendes Zündholz fallen ließ, in Brand gesteckt. 5 Kinder fanden den Tod.

Handel und Industrie.

Berliner Börse.

Weitere Ermäßigung des Privatdiskonts.

+ **Berlin**, 14. Jan. Der Privatdiskont für beide Sichten ist um ⅛ Prozent auf 5⅞ Prozent ermäßigt.

Berlin, 14. Jan. Zu Beginn der heutigen Börse herrschte in Gegensatz zum Vormittagsverkehr wieder sehr große Zurückhaltung bei einer nicht verkennbaren leichten Unsicherheit. Das Geschäft war äußerst gering, zahlreich mußten die ersten Kurse gestrichen werden, doch sei erwähnt, daß an einer Maklertafel sämtliche Werte nicht notiert waren. Die schon gestern beunruhigende Nachricht von dem Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers versstimmte auch an der heutigen Börse. Anregende Momente lagen überhaupt nicht vor, abgesehen von der Generalversammlung der Farbenindustrie. Farbenbons waren daraufhin mit 150 Prozent gesucht.

Die Kursgestaltung zu Beginn war sehr uneinheitlich bei Schwankungen von nur geringem Ausmaß. Ueberwiegend lagen die ersten Kurse jedoch eher schwächer. Von Montanwerten konnten Ilse 4 Proz. anziehen, Elektrowerte, Banken und Schiffe 1 Proz. niedriger. Für Spezialwerte bestand etwas größere Nachfrage, so für Berger, Feldmühle, Sarotti und Polyphon, die bis 4 Proz. gewannen. Lebhaft gehandelt wurden Dessauer Gas, die 7 Proz. anzogen. Hier regte die Aufnahme der Schiedsgerichtsverhandlungen mit Polen in Genf über die Regelung der Entschädigungsansprüche an, die sich auf 50 Millionen Mark belaufen. Geld war infolge der Vorbereitungen zum Zahltag am 16. d. Mts. etwas gesuchter, doch reichlich vorhanden. Die Sätze lagen unverändert. Devisen hatten etwas stärkere Nachfrage aufzuweisen. Deutsche Anleihen lagen ruhig und eher schwächer, Ausländer bei größter Geschäftsstille, kaum behauptet. Am Pfandbriefmarkt erhielt sich das Interesse für Anteilscheine, die über 1 Mark gewinnen konnten. Goldwerte neigten eher zur Schwäche. Nach den ersten Kursen blieb die Tendenz uneinheitlich; zum Teil konnten sich leichte Erhöhungen durchsetzen. Polyphon bei großem Umsatz 8 Proz. höher. Feldmühle +6 Proz., Berger +5 Proz. Auf das Kommuniqué der Farben-Generalversammlung, das von der Börse mit gewisser Enttäuschung aufgenommen wurde, schritt die Spekulation zu Abgaben. Farben verloren 5 Proz. Auch die übrigen Märkte wurden hiervon beeinflußt und lagen allgemein wieder schwächer. In der zweiten Börsenstunde fanden auf dem ermäßigten Kursniveau kleine Deckungskäufe statt, die das Kursniveau wieder leicht hoben.

Märkte.

Berliner Produktenmarkt.

Weizen 233—236, Roggen 234—237, Gerste 220—268, Hafer 200—211, Weizenmehl 30—34, Roggenmehl 31—33¾, Weizenkleie 15, Roggenkleie 15, Raps 345—350, Viktoriaerbsen 51—57, Kleine Speiseerbsen 32—35, Futtererbsen 21—22, Peluschken 20—21, Ackerbohnen 20—21, Wicken 21—24, Blaue Lupinen 14—14¾, Gelbe Lupinen 15,7—16,1, Seradella neue 21—25, Rapskuchen 19,7—19,8, Leinkuchen 22,1—22,4, Trockenschnitzel 12,2—12,4, Sojaschrot 21,1—21,6, Kartoffelflocken 23,4—23,8.

Berliner Schlachtviehmarkt.

× **Berlin**, 14. Jan. Auftrieb: Rinder 2454, Ochsen 618, Bullen 535, Kühe und Färsen 1301, Kälber 2000, Schafe 6100, Schweine 13 311, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1485, Auslandschweine 129. — Marktverlauf: Bei Rindern langsam, bleibt Ueberstand, bei Kälbern und Schafen ruhig, bei Schweinen nach ruhigem Verlauf ziemlich glatt. Für 50 kg Lebendgewicht wurde bezahlt: Ochsen a) 59—60, b) 52—56, c) 46 bis 50, d) 38—44, Bullen a) 54—56, b) 51—53, c) 47—50, d) 44—46, Kühe a) 45—46, b) 32—42, c) 25—29, d) 18 bis 20, Färsen a) 55—56, b) 47—52, c) 40—45, Fresser 36—46, Kälber a) 75—87, b) 58—72, c) 43—55, Schafe a) 58—62, b) 48—55, c) 40—45, d) 25—35, Schweine a) 57, b) 55—56, c) 51—54, d) 47—50, Sauen 59—52.

Bremer Baumwolle.

× **Bremen**, 14. Jan. Jan. 2066 B, 2060 G, 2064 bez. März 2059 B, 2055 G, 2058 + 2 × 2060. Mai 2059 B, 2057 G, 2059 bez. Juli 2041 B, 2039 G, 2040 bez. Oktober 1971 B, 1963 G, Dezember 1960 B, 1956 G, 1956 bez. — Tendenz: gut behauptet. Loco 2126.

Liverpooler Baumwolle.

= **Liverpool**, 14. Jan. Jan. 1015, Febr. 1013, März 1012, April 1008, Mai 1007, Juni 1000, Juli 997, August 983, September 971, Oktober 959, November 954, Dez. 953, Jan 1929 951, Loco 1074, Tageslocoverkäufe 9000 bis 2000 von gestern, Exportverkäufe 100, egypt. Upper F. G. fair loco 1395. Tendenz: willig.

Ostindische Baumwolle.

× **Liverpool**, 14. Jan. M. G. Surtee 985, M. G. Broach 935, M. G. Nr. 1 Oomra 865, M. G. Khandeish 960, M. G. Bengal 795, M. G. Scinde 795.

Letzte Meldungen.

Marx beim Reichspräsidenten

wegen der Neubesetzung des Reichswehrministeriums.

÷ **Berlin**, 14. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. Marx zum Vortrag. Der Besuch galt der Besprechung über die Frage der Neubesetzung des Reichswehrministeriums. Die Mitteilung eines Berliner Mittagblattes, daß General Groener jetzt in erster Linie in Frage komme, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenso ist von einer Kandidatur Luthers nicht die Rede. Herr Dr. Luther erklärt uns auf Anfrage, daß niemand an ihn herangetreten ist und daß er auch nicht in der Lage sein werde, das Reichswehrministerium zu übernehmen. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, steht auch nach den heutigen Vormittagsbesprechungen durchaus noch die von uns bereits gestern nachmittag angekündigte Lösung im Vordergrund, daß einer der anderen Reichsminister die provisorische bezw. kommissarische Leitung des Reichswehrministeriums übernimmt. In politischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Leiter des Reichswehrministeriums schon mit Rücksicht auf die kommende Beratung des Reichswehretats im Reichstage vor allen Dingen über die letzten Ereignisse gut informiert sein muß, die in das Ressort des Reichswehrministeriums gehören. Tatsächlich sind ja die Kabinettsmitglieder am besten im Bilde, da der Reichssparkommissar z. B. über die Phöbusangelegenheit im Kabinett berichtet und das Kabinett selbst sich verschiedentlich mit diesen Dingen beschäftigt hat.

Berliner Karussell.

Die Ministergärten. — Unterirdische Brücke. — Die Wasserversorgung.

Es herrscht wieder einmal Alarmzustand in der Wilhelmstraße. Die berühmten Ministergärten erscheinen aufs neue bedroht durch die alten Projekte, aus der City, die Wilhelmstraße kreuzend, eine Durchbruchstraße mitten durch sie hindurch zu legen. Es ist wahr, daß durch einen solchen Durchbruch eines der geschlossensten und architektonisch erfreulichsten Viertel des alten Berlins seiner Einheitlichkeit entkleidet werden und in zwei Teile zerrissen werden würde, die sich dann vielleicht nicht mehr als zusammengehörige harmonische Einheit halten lassen würden. Allerdings sollte man annehmen, daß auch moderne Architekten das Problem unter vollständiger Zurückstellung ihres persönlichen und künstlerischen Ehrgeizes und unter selbstlosem Eingehen auf den architektonischen genius loci so sollten lösen können, daß nichts allzu störend Fremdes sich in diesen Komplex hineindrängt. Aber eben hieran scheint es zu fehlen. Zwar existieren großartige und künstlerisch absolut überzeugende Entwürfe für die Anlage und Bebauung der Durchbruchsstraße von den namhaftesten Architekten der Gegenwart, aber keiner von ihnen hat sich dazu entschließen können, einen Entwurf in der Art aufzustellen, wie es die Architekten getan haben würden, die vor 60 und 80 Jahren die Wilhelmstraße bebauten, wenn sie außer der Wilhelmstraße auch noch eine Verbindungsstraße zum Tiergarten im Sinne ihrer Zeit und gleichwertig hätten gestalten sollen.

Begreift man also vom Standpunkt der Wahrung einer ausgezeichneten künstlerischen Tradition das Verhalten derjenigen Reichsstellen, die durch einen Durchbruch der geplanten Art in Mitleidenschaft gezogen würden, indem große Teile ihrer Gärten und die über dem ganzen Viertel lagernde Stille ihnen genommen werden würden, so muß man dennoch sagen, daß dieser Standpunkt auf die Dauer nicht gut zu halten ist. Wohl kann man sagen, daß es noch zur Not geht, wenngleich die hohen Herren vom Reich, wenn sie sich jeden Morgen im Schneckentempo der gegenwärtigen, spitzwinkelig aufeinanderstoßenden Straßen zur City drängen müßten, vermutlich konstatieren würden, daß dies ein unhaltbarer Zustand sei. Sicher aber ist, daß es in fünf oder zehn oder noch mehr Jahren ganz bestimmt überhaupt nicht mehr geht und daß man dann der Notwendigkeit einer vielleicht überstürzten Gewaltlösung gegenüber steht, die man durch zielbewußte und großzügige Vorbereitung des Planes vermeiden sollte und könnte. Wenn demgegenüber von den interessierten Reichsstellen nahe stehenden Kreisen die Gefahr der „Entwertung des Behördenblocks" heraufbeschworen wird, so zwingt dieses Schlagwort vom Behördenblock den Verkehrstechniker von heute zu einem leisen Lächeln und er findet, daß es höchste Zeit wird, die staubigen Zimmer dieses Behördenblockes mit der frischen Luft der neuen Zeit zu erfüllen.

*

Anders ist das Argument zu bewerten, daß Berlin vorerst andere wichtigere Dinge zu tun habe, als ein Projekt in Angriff zu nehmen, daß rund 100 Millionen Mark verschlingen würde. Man weiß, daß die Finanzpolitik Berlins von verschiedenen Seiten her angefochten worden ist, wobei keineswegs sämtliche Angriffe so unberechtigt waren, wie die, die der Stadt die großzügige Schaffung von Volksparks, Grünplätzen etc zum Vorwurf machten. Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit, darunter in aller erster Linie das furchtbare Explosionsunglück in der Landsberger Allee, daneben aber auch verschiedene katastrophale Wasserrohrbrüche haben gezeigt, daß die Solidität des Berliner Grunds und Bodens mancherlei zu wünschen übrig läßt. Eine der plausibelsten Erklärungen für die Gasexplosion, die nun doch wohl zweifellos die Ursache für das Unglück in der Landsberger Allee gewesen ist, macht sogenannte „vagabundierende Kräfte" im Berliner Untergrund für die Möglichkeit solcher Ereignisse verantwortlich. Man hat sich unter diesen vagabundierenden Kräften die zahllosen und unaufhörlichen Erschütterungen vorzustellen, die der Grund und Boden Berlins von den immer schwereren Lastautomobilzügen, Motorpferden und den Untergrundbahnen zu erdulden hat, die in immer dichterer Folge und größerer Geschwindigkeit die Straßen durchrasen. Die davon ausgehenden Erschütterungen pflanzen sich gesetzmäßig in ziemlich unverminderter Stärke in den Untergrund fort und, wie steter Tropfen den Stein höhlt, so lockern diese ewigen Erschütterungen die Lagerungen der Gas- und Wasserrohre, bis eines Tages die eine oder andere Stelle undicht wird und zur Katastrophe Veranlassung gibt, die wir leider Gottes kennen gelernt haben. Man wird diese Gefahren, die ja im Laufe der Zeit sich nicht verringern, sondern vermehren werden, bei der künftigen Ausgestaltung der kompliziert gelagerten Eingeweide der Berliner Straßen zu berücksichtigen haben. Eine Aufgabe, die zwar nur teilweise die Finanzen der Stadt belastet, die aber von der Stadt um der Sicherheit ihrer Bürger willen unbedingt im Auge behalten werden müßte.

*

Uebrigens macht sich die Wirkung jener „vagabundierenden Kräfte" auch sonst noch unangenehm genug bemerkbar. Wenigstens muß man sie in erster Linie für die zahlreichen Wasserrohrbrüche verantwortlich machen, die uns in der ersten Dekade des Januar beschert wurden. Gleich zur Feier des Neujahrstages blieb halb Berlin infolge eines Wasserrohrbruches ohne Wasser, am 6. Januar mußten die am Anhalter Bahnhof ankommenden Reisenden sich in allerlei Wasserkünsten üben, weil ein gebrochenes Wasserrohr den Bahnhofsplatz und die angrenzenden Straßen überschwemmt hatte und am 9. Januar hätte sich, wenn es nicht gerade Winter gewesen wäre, im Tiergarten ein fröhliches Badeleben entspinnen können, nachdem ein riesiger Wasserrohrbruch an der Charlottenburger Chaussee große Teile dieser Hauptverkehrsstraße und des Tiergartens unter Wasser gesetzt hatte. In dieser Häufung von bedauerlichen Vorfällen, durch die jedes Mal hunderttausende von Berlinern stundenlang im eigentlichen Sinne des Wortes aufs Trockene gesetzt werden, macht sich übrigens weniger die Tücke des Objektes, als vielmehr ein offenkundiger und bereits mehrfach kritisierter Mangel in der Organisation der Wasserversorgung Berlins geltend. Auch hier wird von den Berliner Städtischen Wasserwerken etwas mehr Prestigepolitik getrieben, als gut ist. Sie wollen mit aller Gewalt ihren Machtbereich möglichst rasch über ganz Groß-Berlin ausdehnen, ohne die Wasserrohrnetze ihres bisherigen Versorgungsbereiches ausreichend ausgebaut und gesichert zu haben. Die Charlottenburger Wasserwerke, die noch einen großen Teil der westlichen Vororte von Steglitz und Schöneberg an versorgen, werden immer weiter zurückgedrängt, obwohl sie nicht nur besseres Wasser liefern als die städtischen Wasserwerke, die mindestens in einigen Sommermonaten regelmäßig auf fragwürdiges Oberflächenwasser zurückgreifen müssen, sondern auch durch sie die Versorgung der fraglichen Stadtteile besser sichergestellt ist, als sie durch die Uebernahme seitens der Städtischen Wasserwerke sein würde, die diese Gebiete mit ihrem Rohrnetz vorläufig nur durch ein Hauptrohr verbinden können, sodaß im Falle eines Rohrbruches auch hier wieder mehr als 300 000 Menschen auf dem Trockenen sitzen dürfen. Es gibt, wie man sieht, mancherlei anfechtbare Punkte in der Berliner Kommunalpolitik, und man wird sich in Zukunft besser auf das Notwendige und nicht so sehr auf das Prestige einzustellen haben. Man wird andererseits aber auch sehen müssen, das Notwendige rechtzeitig zu tun, selbst wenn dabei die Widerstände dieses oder jenes „Behördenblockes" zu brechen sind.

Aussprache-Abend der Vertrauenspersonen der Bocholter Zentrumspartei.

Am Freitag abend fand im Musiksaal des Gesellenhauses eine Zusammenkunft der Vertrauenspersonen der Bocholter Zentrumspartei statt, der wegen seiner gründlichen Behandlung kommunaler Fragen für alle Besucher überaus anregend und interessant verlief. Einleitend betonte der Vorsitzende, Herr San.-Rat Dr. Farwick, daß es in der allgemeinen Politik augenblicklich ziemlich ruhig sei und daß in der Versammlung daher nur Fragen der kommunalen Politik behandelt werden sollten und zwar werde sich der Abend mit Einzelreferaten über das Schul- und Bildungswesen der Stadt Bocholt beschäftigen.

Zunächst behandelte Herr Beigeordneter Dr. Kaut

die Volksschule.

Er führte zunächst aus, daß der Schulzwang in Preußen erst seit dem Jahre 1717, also gut 200 Jahre, besteht. Eine einheitliche gesetzliche Regelung des Schulwesens ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt; ein wesentlicher Fortschritt im Sinne der Rechtsvereinheitlichung ist aber von dem kommenden Reichsschulgesetz zu erwarten. Artikel 10 der Reichsverfassung nahm das Schulgebiet unter die Gebiete auf, für die das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen kann. Die Schulpflicht beginnt mit dem 6. Jahre und umfaßt 8 Jahre. Sie beginnt mit dem 1. April für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das 6. Lebensjahr vollenden. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten können Kinder, die in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September das 6. Lebensjahr vollenden in die Schule aufgenommen werden, eine Möglichkeit, von der auch in Bocholt viel Gebrauch gemacht wird. Die allgemeine Schulpflicht hat die Schulgeldfreiheit zur Voraussetzung. Die Forderung der Unentgeldlichkeit der Lernmittel ist noch nicht durchgeführt. In Bocholt haben wir 7 Schulsysteme mit 84 Klassen und 94 Schulstellen, wovon 5 ruhen. Die 4 untersten Jahrgänge der Volksschule bilden die sogenannte Grundschule, die für alle Kinder gemeinsam sein soll und es demnächst nach der Aufhebung der privaten Vorschulen auch sein wird. Eine besondere Art der Volksschule sind die Hilfsschulen für minder- und schwachbegabte Kinder. In Bocholt befinden sich in der Hilfsschule z. Zt. 76 Schüler in 3 Klassen. Der Abgang zu Ostern 1928 beträgt 12, der Zugang 32, so daß sich ein Mehr von 20 ergibt. Die privaten Vorschulen werden nach reichsgesetzlicher Sicherstellung der Entschädigungspflicht beseitigt werden.

Nach ihrer geschichtlichen Entwicklung ist die Volksschule in Preußen eine Bekenntnisschule, wenngleich auch die Simultanschule als zulässig erklärt worden ist. In Zukunft soll es geben eine Simultanschule, eine Bekenntnisschule und eine bekenntnisfreie Schule. Die Regelung wird durch das Reichsschulgesetz erfolgen. Zur Verwaltung der der Gemeinde zustehenden Angelegenheiten der Schule wird eine Schuldeputation gebildet, die sich in Bocholt zusammensetzt aus 5 Mitgliedern des Gemeindevorstands, 5 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, 5 Lehrern und Lehrerinnen, 5 sonstigen des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen, den Pfarrern der beiden Konfessionen und dem Ortsrabbiner. Neben der Schuldeputation können Schulkommissionen gebildet werden, deren wir in Bocholt eine für die katholischen und eine für die evangelischen Schulkinder haben.

Die Ausübung der staatlichen Schulaufsicht im städtischen Volksschulwesen ist verschieden geregelt. Die Schulaufsicht in Bocholt hat der Kreisschulrat des Kreises Borken. Der Redner sprach dann über die Neuregelung des Lehrerbildungswesens, das Recht der Lehreranstellung und die Kostenverteilung und ging dann auf einige Sonderveranstaltungen ein, die hier in Bocholt zugunsten der Volksschulen und ihrer Schüler eingerichtet sind. Hier ist zunächst die **schulärztliche Ueberwachung der Volksschulkinder** zu erwähnen. Bei Feststellung von gesundheitlichen Mängeln bei den ärztlichen Untersuchungen werden die Eltern benachrichtigt, die selbst die Fürsorge durch den Hausarzt übernehmen können. Oder es tritt die Familienhilfe der Krankenkassen ein oder es werden bedürftige Kinder dem Armenarzte überwiesen. Gleichzeitig wird festgestellt, ob ein Kind einer Erholungskur bedarf, ob etwa orthopädische Behandlung notwendig ist und ob das Kind der hier bestehenden Krüppelfürsorgestelle und im Anschluß daran dem orthopädischen Turnunterricht oder der Tuberkulosefürsorgestelle zuzuführen ist. In den Rahmen der Schulgesundheitspflege gehört auch die in Bocholt eingeführte **Schulkinderspeisung**, die in einem besonderen Raume des Waisenhauses erfolgt und an der 200—400 Schulkinder regelmäßig täglich teilnehmen. Bei Schulerweiterungen und Neubauten ist Bedacht zu nehmen auf Einrichtung einer **Badegelegenheit**, ebenfalls im Interesse der Schulgesundheitspflege. Ein sehr erstrebenswertes Ziel ist auch die Einführung des **Schwimmunterrichtes**, da von allen Leibesübungen kaum eine gesunder ist als das Schwimmen. Eine weitere Sondereinrichtung sind die **Schulsparkassen**, die den Sparsinn fördern sollen. Eine Einrichtung, die den Unterricht selbst sehr stark zu fördern vermag, ist das **Schulkino**, das jetzt im zweiten Jahre besteht und zu einer unentbehrlichen Ergänzung des Unterrichtes geworden ist. Dasselbe gilt von den Lichtbildapparaten in den Schulen, mit denen bisher 4 Schulsysteme ausgestattet sind und die aus dem modernen Anschauungsunterricht überhaupt nicht mehr wegzudenken sind.

Der Redner gab dann noch einige Zahlen aus der durch den Krieg hervorgerufenen starken Verschiebung in der Volksschulkinderzahl. In diesem und den nächsten Jahren wird der Schülerbestand eine starke Aufwärtsbewegung zeigen, so daß schon im Jahre 1931 der Vorkriegsstand überschritten sein wird. Die Aufwendungen für die Volksschulen werden also noch eine Steigerung erfahren müssen; sie sind sicher keine unproduktiven, sondern höchst produktive Ausgaben, da von dem Bildungsstand eines Volkes auch immer sein wirtschaftlicher Hoch- oder Tiefstand unmittelbar beeinflußt sein wird.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für sein ausführliches Referat und teilte mit, daß die Stadt für die Volksschulen 265 000 Mark aus eigenen Mitteln aufbringen müsse. Er rügte dann das geringe Verständnis vieler Eltern für die Unterbringung ihrer Kinder in Hilfsklassen, die den Kindern selbst zugute komme. Weiter regte er die Bildung besonderer Abschlußklassen an für solche Kinder, die aus der drittletzten Klasse entlassen würden und die den Unterricht stark belasten. Auch umgekehrt könnten diejenigen Kinder, die mit 13 Jahren das Ziel der Schule erreicht haben, in besonderen Klassen untergebracht werden. Man müsse zunächst einmal feststellen, wieviel Kinder in Bocholt für beide Arten von Klassen in Frage kämen. Weiterhin bat er um mehr Verständnis der Eltern für den orthopädischen Turnunterricht, für den die Kinder von der Krüppelfürsorge bestimmt wurden und der sehr gute Erfolge erziele. Zur Frage eines 9. Schuljahres betonte er, daß diese Forderung vorläufig nur von Theoretikern vertreten werde; ein Notwendigkeit dazu habe sich noch nicht ergeben.

Darauf erhielt Herr Syndikus Dr. Hoffmann das Wort zu einem Referat über

die städtische Berufsschule.

Der Redner ging zunächst auf die Unterschiede zwischen Volks- und Berufsschule ein, die darin liegen, daß die Volksschule eine große geschichtliche Vergangenheit hat, während die Berufsschule verhältnismäßig jung ist, daß das Volksschulwesen eine einheitliche Regelung erfahren hat, während das Berufsschulwesen arg zersplittert ist, daß es ferner heute noch nicht überall Berufsschulen gibt.

Die Berufsschule ist noch im Zustand der Entwicklung. Sie ist in Bocholt hervorgegangen aus der Sonntagsschule, die bis 1900 bestand und das in der Volksschule Gelernte erhalten und vertiefen sollte. Um 1900 erfolgte ihre Umwandlung in die Fortbildungsschule, die der Förderung des Nachwuchses des Handwerks dienen sollte. 1912 wurde die Fortbildungsschule durch Ortsstatut erheblich erweitert und zwar für alle 14—18jährigen mit Ausnahme der Fabrikarbeiter und ungelernten Arbeiter. 1920 wurde dann die allgemeine Berufsschulpflicht eingeführt. Seit diesem Jahre haben wir auch die Einteilung in eine gewerbliche-, kaufmännische und hauswirtschaftliche Abteilung. Die Berufsschule hat die Aufgabe, die Jugendlichen zu fördern in ihren Fachkenntnissen, ihrem Allgemeinwissen und sie zu tüchtigen Staatsbürgern zu erziehen. Das Ziel, daß nur Angehörige eines bestimmten Berufes oder weniger Berufe in einer Klasse zusammen sind, ist in Bocholt im allgemeinen erreicht.

Sehr ungünstig liegt in Bocholt die Raumfrage. Es fehlt ein Schulgebäude, in dem alle Unterrichtsräume vereinigt sind. Heute befinden sich zwei Räume im Gesellenhaus, zwei Räume am Gasthausplatz, 4 Räume in der Knabenschule Altstadt, 4 Räume in der Mädchenschule Altstadt, ein Raum im Wohlfahrtsamt und eine Küche in der Schule Altstadt. Ferner fehlen Werkräume, Lehrerzimmer, Lehrmittelzimmer usw., so daß über kurz oder lang die Frage eines Schulgebäudes gelöst werden muß.

Die Kosten zur Unterhaltung der Schule werden von verschiedenen Stellen getragen. Außer einem Zuschuß des Staats haben auch die Arbeitgeber einen Teil der Kosten durch Beiträge aufzubringen. Den Rest der Kosten trägt die Stadt. In Bocholt hat man gute Erfahrungen gemacht mit der Einrichtung der Abendkurse, die über das eigentliche Lehrgebiet der Schule hinausgehen.

In seinen Dankesworten an den Referenten unterstrich der Vorsitzende vor allem die Ausführungen über die Raumfrage, die gleich nach Erledigung des Gymnasialneubaus gelöst werden müsse. Er teilte dann mit, daß die Gesamtkosten der Berufsschule 103 000 Mark betrügen, wovon 60 000 Mark erstattet würden, so daß noch 50 000 Mk. auf dem Stadtetat verblieben.

In der Aussprache betonte Herr Religionslehrer Schürmann, daß die Berufsschule nicht nur Wissensondern in erster Linie Erziehungsschule sei und als solche auch mehr und mehr anerkannt würde. Erziehung ohne Religion sei aber nicht möglich, daher sei der Religionsunterricht an der Berufsschule in Bocholt Unterrichtsfach. Den Eltern fehle für die Erziehungsschwierigkeiten der Jugendlichen in der Zeit von 14—17 Jahren häufig jedes Verständnis. Er bat darum, dahin zu wirken, daß sie sich bei allen Fragen mit ihm als Religionslehrer an der Berufsschule beraten möchten.

Herr Dr. Kaut erwähnte dann noch die gute Entwicklung der Bocholter Textilfachschule, die vorläufig noch zur Berufsschule gehöre, nach der ersten Prüfung im Herbst aber die staatliche Anerkennung als Fachschule erhalten werde. Die Kosten der Schule seien gering, da die in den Räumen hinter dem Wohlfahrtsamt aufgestellten Textilmaschinen z. T. geschenkt worden seien und zwar von hiesigen Fabrikanten, aber auch aus dem Ausland, so von Enschede, aus England und der Schweiz. Die Schule sei auch von Bedeutung für die Umschulung ungelernter Erwerbsloser und zur fachlichen Weiterbildung, die heute mehr als früher notwendig sei.

Darauf behandelte Frau San.-Rat Dr. Drießen in einem längeren Referat

das höhere Mädchenschulwesen in Bocholt.

Nach einigen einleitenden Ausführungen über die Wichtigkeit der Ausbildung und Ertüchtigung der weiblichen Jugend überhaupt behandelte die Rednerin die Wichtigkeit der Berufsschulausbildung für die jungen Mädchen, durch die diese für ihren Beruf tüchtig gemacht werden, damit sie einen festen Platz im Leben einnehmen können. Daß Bocholt auch auf dem Gebiete des höheren Mädchenschulwesens so Vorbildliches geleistet hat, das ist besonders der Kirchengemeinde St. Georg und dem tatkräftigen Vorgehen des Herrn Prälaten Richter zu verdanken. Die erste höhere Mädchenschule, die sogenannte Töchterschule, wurde bereits im Jahre 1866 durch Herrn Pfarrer Bahrenhorst gegründet und mit Erfolg weitergeführt bis 1875, dem Kulturkampfjahr, in dem die Lehrerinnen vertrieben wurden. Nach kurzer Pause wurde der Unterricht durch weltliche Lehrerinnen fortgesetzt und im Jahre 1891 übernahmen die Schwestern U. L. Frau wieder den Unterricht. Im Jahre 1900 ließ Herr Prälat Richter den großen Schulneubau im Schleusenwall aufführen. Nach der Umwandlung der Schule in ein Lyzeum auf Grund der Reform der Mädchenbildung im Jahre 1908 erfolgte im Jahre 1916 die staatliche Anerkennung, nachdem die Stadt sich zu finanzieller Beihilfe verpflichtet hatte. Das Reife- bezw. das Schlußzeugnis des Lyzeums ist erforderlich für den Besuch der Frauenschule, der höheren Handelsschule, der landwirtschaftlichen Frauenschule, der technischen Seminare, des Kindergärtnerinnenseminars und der Gartenbauschule.

Im Jahre 1919 erfolgte dann die Errichtung der einjährigen Frauenschule, die den Schülerinnen nach erlangtem Reifezeugnis des Lyzeums neben wissenschaftlicher Weiterbildung eine gründliche praktische Ausbildung in allen Zweigen der Hauswirtschaft vermittelt. Bei der nun ständig fortschreitenden Reform des Mädchenbildungswesens wurde ein Ausbau des Lyzeums zum Oberlyzeum dringend notwendig, zumal nach der Reform des Jahres 1923 für viel mehr Frauenberufe als bisher das Reifezeugnis einer neunstufigen Lehranstalt erfordert wurde. So nahm der Wunsch der Bocholter Elternschaft nach einem Oberlyzeum immer mehr zu, damit man nicht weiter genötigt sei, die Töchter nach auswärts zu schicken. Herr Prälat Richter war bereit, den Baugrund zu stellen und den Neubau ausführen zu lassen, wenn die Stadt die Deckung des jährlichen Defizits auf den Schuletat übernehmen würde. Nachdem alle diese Vorbedingungen erfüllt waren, hat das Ministerium den Ausbau des Marien-Lyzeums zum Oberlyzeum genehmigt.

Für die Ausbildung der jungen Mädchen, die das Lyzeum nicht besuchen konnten, war bereits 1904 im früheren Ladnerinnenheim eine Hauswirtschaftsschule errichtet worden. Diese wurde dann im Jahre 1918 in der Ausbildung der neugegründeten Frauenschule angegliedert bis auf den wissenschaftlichen Unterricht. Die Rednerin schloß dann mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit des kommenden Reichsschulgesetzes, das hoffentlich die von allen christlichen Eltern erwartete Regelung des Schulwesens bringt.

In der Aussprache wies der Vorsitzende nochmals auf das Verdienst des Herrn Prälaten Richter um das Mädchenbildungswesen der Stadt Bocholt hin und dankte auch den ehrwürdigen Schwestern für ihre Arbeit und Opferwilligkeit. Er teilte dann mit, daß Lyzeum, Oberlyzeum und Frauenschule von der Stadt 40 000 Mark an Kosten erforderten und bat dann, vor allem die Frauenschule mehr zu besuchen als bisher. Sie sei bedeutend besser als ein Pensionatsaufenthalt und auch erheblich billiger, da für bedürftige Schülerinnen ein Erlaß des Schulgeldes eintreten könne.

Im letzten Referat behandelte Herr Studienrat Sommer

das städtische Gymnasium und Realgymnasium.

Das städtische Gymnasium hat sich ähnlich entwickelt wie die Stadt Bocholt. Nachdem es im Jahre 1903 zur Vollanstalt geworden war, habe es 1918 310 und 1927 645 Schüler, die aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung stammen. Bis 1917 habe die Schule 11 Klassen, dann sind 6 realgymnasiale Klassen dazu gekommen. Wenn auch das Realgymnasium in erster Linie den praktischen Berufen dient, so darf der Nützlichkeitsstandpunkt bei den Eltern doch nicht überwiegen, beide Anstalten berücksichtigen auch alle Wünsche. Nach der Ortsherkunft haben wir in Bocholt 274 einheimische, 193 auswärtige und drei ausländische Schüler. Die auswärtigen Schüler bringen ein Schulgeld von 47 250 Mark auf. Das entspricht einem Gehalt für 6 Lehrer und außerdem der Verzinsung von 6 Klassenzimmern. Die Forderung nur einheimische Schüler aufzunehmen, würde ein engherziger Standpunkt sein, den die Behörde auch nicht dulden würde. Auch hat die Stadt Nutzen durch den Besuch der auswärtigen Schüler, von denen allein 44 hier wohnen. Ein Gesetz, nach dem die auswärtigen Gemeinden für die aus ihnen stammenden Schüler Gelder zuschießen sollen, ist unterwegs. Es ist umstritten und in seiner Auswirkung nicht ganz unbedenklich.

Die Stadt Bocholt gibt jetzt für ihr Gymnasium 169 000 Mark aus. Das Schulgeld beträgt 200 Mark für Einheimische und 250 Mark für Auswärtige. Für Kinder unbemittelter Eltern kann Befreiung vom Schulgeld eintreten. Die meisten dahin gehenden Wünsche konnten bisher erfüllt werden, selbstverständlich erst vom 2. Jahr ab und nur bei talentierten fleißigen und braven Schülern. Ferner können Lehrmittel leihweise zur Verfügung gestellt, sowie die Kosten bei Ausflügen getragen werden.

Zuletzt ging der Redner ein auf den immer dringender werdenden Gymnasialneubau, da die engen Raumverhältnisse einen geordneten Schulbetrieb unmöglich machen. Er schloß mit der Hoffnung, daß der Neubau bald in Angriff genommen werden kann.

In der Aussprache wurde noch darauf hingewiesen, daß die Morgenzüge nach Bocholt, die von vielen Schülern und Schülerinnen benutzt werden, sehr ungünstig liegen. Die Bemühungen um Aenderungen der Fahrzeit waren bis jetzt erfolglos. Der Vorsitzende führte dann aus, daß die Stadt Bocholt insgesamt für Volksbildungszwecke im letzten Jahre rund 500 000 Mark ausgegeben habe, eine Summe, die sich sicher sehen lassen könne. In nächster Zeit seien große Aufgaben zu lösen, wie der Neubau einer Volksschule und des Gymnasiums.

Die Leitung der Bocholter Zentrumspartei hoffe durch die Aussprache-abende das Interesse der Wähler für kommunale Dinge zu wecken und zu erhöhen, damit so manche falsche Vorstellung von der Entwicklung und Führung der Kommunalpolitik in der Bürgerschaft verschwindet. In der nächsten Sitzung soll das große Gebiet der Wohlfahrtspflege zur Sprache kommen.

Der Vorsitzende konnte dann die Sitzung mit Worten des Dankes an die einzelnen Redner schließen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 15. Januar 1928.

Eröffnungsfeier im Arbeiterheim St. Paulus.

Das Arbeitervereinshaus St. Paulus ist durch einen großzügigen Um- und Neubau zu einem stattlichen Heim ausgestaltet worden, das allen Anforderungen des vielgestaltigen Vereinslebens gewachsen ist. Es ist dem Architekten gelungen, Räume zu schaffen, die in Bocholt nicht ihresgleichen haben und die die Einrichtung des Hauses von Grund auf geändert haben. Jeder, der das Heim betritt, wird über die Veränderung und die vorbildliche Anordnung erstaunt sein. Nachdem der Vereinsbetrieb schon seit Weihnachten wieder aus der „Rotenburg" in das neue Heim verlegt worden ist, wird am heutigen Nachmittag 5 Uhr die Eröffnungsfeier stattfinden, der die Vereinsleitung einen besonders festlichen Rahmen gegeben hat. U. a. wird auch Herr Diözesanpräses Dr. Konermann, Münster, eine Ansprache halten. Somit bedeutet der heutige Tag einen Markstein in der Geschichte des Arbeitervereins St. Paulus, der unter tatkräftiger Leitung in den letzten Jahren Mustergültiges geleistet hat. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die Mitglieder mit ihren Angehörigen recht zahlreich an der Eröffnungsfeier ihres Heimes teilnehmen.

* * *

7. Verbands-Ausstellung des Kreisverbandes der Geflügelzuchtvereine.

Gestern nachmittag 2 Uhr wurde im Saale des „Großen Kurfürsten" die 7. Verbands-Ausstellung des Kreisverbandes der Geflügelzuchtvereine Bocholt-Borken eröffnet. Zunächst begrüßte der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr Walters, Borken, die erschienenen Ehrengäste und zwar den Vorsitzenden des Provinzialverbandes der Geflügelzuchtvereine, Herrn Ferber, Münster, den Vertreter des Herrn Landrats, Herrn Kreisobersekretär Dieckmann, den Vertreter der Stadt Bocholt, Herrn Beigeordneten Dr. Kaut sowie den Direktor der Landwirtschaftsschule Bocholt, Herrn Direktor Jasper und erteilte dann Herrn Dieckmann das Wort. Dieser teilte zunächst mit, daß Herr Landrat Graf von Spee leider wegen einer dienstlichen Reise nicht habe erscheinen können, für die Einladung aber herzlich danke und sein Interesse auch durch einen Besuch der Ausstellung bekunden werde. Er verfolge mit Aufmerksamkeit die Bestrebungen der Geflügelzuchtvereine und werde diese immer nach Kräften unterstützen und fördern. Der Redner bat dann, auf dem bisherigen Wege tatkräftiger Hebung der Geflügelzucht fortzufahren und brachte auf die deutsche Geflügelzucht und das deutsche Vaterland ein Hoch aus. — Darauf überbrachte Herr Beigeordneter Dr. Kaut die Grüße und Glückwünsche der Stadtverwaltung zu dem glänzenden Ergebnis der Ausstellung. Er hob besonders hervor, daß die volkswirtschaftliche Seite einer rationellen Geflügelzucht vor allen Dingen immer betont werde. Als Anerkennung der Leistungen des Verbandes habe die Stadtverwaltung wieder einen Ehrenpreis in Form einer Uhr gestiftet. Er wünschte dann der Ausstellung nochmals den verdienten Erfolg. — Herr Schneider, der Leiter der Ausstellung, dankte den beiden Rednern sowie allen, die durch materielle Hilfe zu dem Zustandekommen der Ausstellung beigetragen haben, vor allem dem Provinzialverband, dem landwirtschaftlichen Kreisverein und der Stadt Bocholt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Geflügelzuchtvereine auch in Zukunft Hand in Hand immer die Unterstützung der Behörden finden möchten, besonders auch in ihrem Bestreben, die Eiereinfuhr, die heute immer noch einen Wert von 300 Millionen Mark habe, allmählich zu verringern durch Steigerung der deutschen Eierproduktion. — Der Vorsitzende des Provinzial-Geflügelzuchtverbandes, Herr Ferber, Münster, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Kreisverband der Geflügelzuchtvereine, den er aus seiner früheren Tätigkeit im landwirtschaftlichen Kreisverein gut kenne, sich so gut weiter entwickelt habe. Er dankte den Vereinen für die schöne Ausstellung und bat die Züchter, die alten guten Eigenschaften zum Besten der Zucht beizubehalten. — Darauf fand ein gemeinsamer Rundgang durch die Ausstellung statt, bei der man sich von der reichen Beschickung und dem ausgezeichneten Material, das zur Sache gestellt ist, überzeugen konnte. Ein Besuch der lehrreichen Ausstellung kann nur empfohlen werden.

* * *

Aus unserer Stadtbücherei.

Die Stadtbücherei hat folgende Werke neu eingestellt:

Petrea Vallerin: „Der Kurier der Königin". Eine spannende Hofgeschichte aus der Zeit Richelieus.

G. K. Chesterton: „Sechs literarisch wertvolle Detektivgeschichten", 1. Band.

G. K. Chesterton: „Sechs literarisch wertvolle Detektivgeschichten", 2. Band.

B. S. M Hutchinson: „Wenn der Winter kommt". Ein tragischer Ehroman.

Nikolai Ljeskow: „Der unsterbliche Golovan" und andere Geschichten.

R. L. Stevenson: „Der schwarze Pfeil". Eine Erzählung aus dem Kriege der Rosen.

R. L. Steverson: „Aus der Südsee". Lebendige Berichte über Erlebnisse und Beobachtungen.

Artur Heye: „Vitani". Kriegs- und Jagderlebnisse in Ostafrika 1914—1916.

Jakob Kneip: „Hampit der Jäger". Eine bunte rheinische Erzählung.

Erwin Rosen: „Der deutsche Lausbub in Amerika". 3 Teile.

Reichsarchiv: „Schlachten des Weltkrieges". Somme-Nord. Die Brennpunkte der Schlacht im Juli 1916.

Emilie Baumann: „Der heilige Paulus". Ein fesselnd gezeichnetes Charakter- und Lebensbild.

Die Mitteilungen über Neuaufnahme von Werken in die Stadtbücherei werden an dieser Stelle laufend fortgesetzt. Es empfiehlt sich, die Notizen auszuschneiden und dem gedruckten Bücher-Verzeichnis anzufügen.

* * *

Der Reitsport in Bocholt.

Der Reit- und Fahrverein e. V. Bocholt hat 6 Reitpferde gekauft und beabsichtigt, die Tiere gegen mäßige Gebühr Reitern oder denjenigen, die es werden wollen, zur Verfügung zu stellen. Es dürfte sich sicherlich empfehlen, wenn die Freunde des edlen Reitsports, die von dem Angebot Gebrauch machen wollen, sich rechtzeitig melden, da aller Voraussicht nach die Pferde schnell vergeben sein werden. Es ist zu begrüßen, daß der Reit- und Fahrverein Bocholt auch denjenigen Gelegenheit gibt, dem Reitsport zu huldigen, die sich kein eigenes Reitpferd leisten können. Alles Nähere sagt die Anzeige in der heutigen Nummer.



Wir veranstalten im II. Stock unseres Hauses am Dienstag, den 17., Mittwoch, den 18. und Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 3½—4½ Uhr und 5—6 Uhr, eine

Kostümschau

Wir führen neue Karnevalskleider vor, in den ersten Theaterkostüm-Werkstätten angefertigt, so schön, apart und reizvoll, wie sie noch nicht gezeigt worden sind. Musik: The Holiday Syncopators. Wie im vorigen Jahr werden die Eintrittskarten schnell vergriffen sein. Karten zu 50 Pfg. nebst 10 Pfg. Steuer nur im Vorverkauf an unseren Kassen.

Cohen & Epstein
DUISBURG

†

Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbene
Frau Josef Hülskamp
findet statt am Dienstag, 17. Januar, morgens 8½ Uhr in der St. Georgiuskirche, wozu freundl. eingeladen wird.

Aufgebot.

Die Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Voerde (Niederrhein) vertreten durch Rechtsanwalt Köppen in Dinslaken, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die für die Antragstellerin im Grundbuch von Dingden Band 120 Blatt 32 in Abteilung III unter Nr. 5 eingetragene Hypothek von 35.000.- M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den
1 Mai 1928, vorm. 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht
anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Bocholt, den 9. Januar 1928.

Preuß. Amtsgericht.

Arbeitsplan

der Kreisgeschäftsstelle Borken des westf. Bauernvereins,
für die Woche vom 15. bis 22. Jan. 1928

Montag, den 16. Januar, Sprechtag auf der Geschäftsstelle Borken des Westf. Bauernvereins von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Mittwoch, den 18. Januar, Sprechtag auf der Geschäftsst. Borken des Westf Bauernvereins von 8 Uhr vorm. bis mittags. Nachmittags 5 Uhr Versammlung in Raesfeld in der Wirtschaft Grundmann.

Donnerstag, den 19. Januar, Sprechtag in Rhede in der Wirtschaft Rössing.

Freitag, den 20. Januar, Sprechtag auf der Geschäftsst. Bocholt (Bürgerkrug) des Westf. Bauernvereins von 8 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

Samstag, den 21. Januar, Sprechtag auf der Geschäftsst. Borken des Westf. Bauernvereins von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags.

Heute so! Morgen so!

„Hoch soll er leben! Dreimal hoch!!!" — „Jesus, Dir leb' ich . . ." — „Ein Prosit der Gemütlichkeit!" — „O Herr, ich bin nicht würdig . . ."
Erschütternde Gegensätze,
weil Sonntagsmesse im 7. (!) Jahr i. e. Saal, der sonst Gastwirtszwecken dient. Werktagsmesse noch immer i. e. Mansardenstübchen! Platz endlich mühsam erworben. Helft zu einem Notbau dem Pfarrer im 4. Stock.

J. Spetlak, Leipzig N 24!
Konto: Kath. Kirchenbauverein Leipzig-Möckau-Schönefeld, P. Sch. A. Leipzig 55 695.

Der H. H. Bischof Dr. Schreiber unterstützt die Bitte: „Ich empfehle den Hilferuf des H. Pf. Spetlak wärmstens der hilfreichen Liebe der Katholiken."

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen Ingenieur- und Werkmstr.-Abt. für Masch.- und Bau Sonderabt. f. Landm. u. Flugt. Automobilbau. Schwach- u. Starkstr.-Technik

Schönheitsfehler?

Umsonst gebe Auskunft, wie man auf einfache Weise selbst beseitigen kann: Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Nasenröte, Falten, Krähenfüße, rauhe, borkige Haut, Warzen, Leberflecke dürftiges, glanzloses Haar, Haarausfall, Kopfschuppen, graue Haare (welches ohne Färben seine Naturfarbe und Jugendfrische erhält) fettiges Haar, Damenbart, lästige Haare auf den Armen und in den Achselhöhlen, schwache Büste (zurückgebliebene und erschlaffte), Magerkeit, Korpulenz sowie alle anderen Schönheitsfehler. Genau angeben, um welchen Fehler es sich handelt. Rückporto beifügen.

Erha-Haus, Abteilung 147, Berlin W 30

Um das Lager zu
räumen
verkaufe ich, solange der Vorrat reicht,
Holzschuhe
mit kleinen Fehlern zu **bedeutend niedrigen Preisen.**
Wwe. Bernh. Dücking, Rhede,
Burloerstr. 6.

Roggenstroh

zu verkaufen, die 1000 Pfund zu 21,— R.-Mk., franko Bocholt, bei sofortiger Zahlung.
Die Gutsverwaltung
des Hauses Diepenbrock in Barlo.

Eichen-Frechtpfähle.

in bekannter Ia kerniger Qualität ständig äußerst preisgünstig abzugeben und erbitte ich Besichtigung auf meinem Sägewerk am Bahnhof Hamminkeln.

Theodor Fehlings,
Grubenholzhandlung u. Sägewerk.
Ringenberg b. Wesel

Zu Ostern stellen wir eine größere Anzahl
Dreher-, Schlosser-, Former- und Modellschreiner-
Lehrlinge
ein.
A. Friedr. Flender & Co.
Anmeldungen erbitten wir beim Pförtner Werk III, Sachsenstraße.



Städtische freiwillige Feuerwehr Bocholt

Am **Montag, dem 16. Januar 1928,** abends 20.15 Uhr, findet im Vereinslokal „Bürgerkrug" eine
Saalübung mit Vortrag
und nachfolgender
Mitglieder-Versammlung
statt.

Antreten pünktlich 20,10 Uhr am Gerätehause.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Branddirektor.



Sternwolle in allen Qualitäten stets vorrätig bei
Wilh. Wyen, Reverdistraße.



Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen."

Sie sehen, wie dieser Mann der harten Arbeit auch bei Schneestürmen zufrieden und froh ist, denn seine Gesundheit ist ohne Störung, rat er sich vor Erkältungen schützt mit diesen köstlich schmeckenden Hustenbonbons. Jeder Husten, jedes Kratzen im Hals verschwindet innerhalb wenigen Tagen schon bei sofortiger Anwendung von **Kaiser's Brust-Caramellen** mit den „3 Tannen", diesem seit 35 Jahren bewährten und köstlich schmeckenden Hustenpräparat. Scheuen Sie nicht die Kosten, die gering sind, gemessen an der gefährlichen Auswirkung vernachlässigter Erkältungen.
Paket 40 Pfg., Dose 80 Pfg.

Zu haben:
in Bocholt: Arena, Marien-Apotheke.
Löwen-Apotheke.
St. Georgius-Apotheke.
Germania-Drogerie Geschw. Höpfner
Drogerie Gebr. Steiner
Stern-Drogerie A. Steiner & Grote.
in Rhede: Hirsch-Apotheke Hugo Starting.
Markt-Drogerie Th. Schilling
und wo Plakate sichtbar.

Einladung
zur Generalversammlung des M. G. V. „Sängerbund" Gegr. 1885 e. V. Bocholt i. Westf.
Am Mittwoch, dem 18. Jan. 1928 8½ Uhr abends im Vereinslokal Hotel Gerbaulet (oberer Saal)
1. Geschäftsbericht,
2. Kassenbericht,
3. Neuwahl des Vorstandes und der Ausschußmitglieder,
4. Ballotage und Probenbesuch,
5. Mitteilungen.
Zu dieser Versammlung werden die mitwirkenden und unterstützenden Mitglieder dringend eingeladen.
Der Vorstand.

Warne
hiermit jeden, das über meine Tochter Anna ausgestreute Gerücht weiter zu verbreiten, da ich ihn sonst gerichtlich belangen werde.
Gerh. Marquering.

Honig
garant. rein Bienen-, Blüten-, Schleuder-Honig feinste Qualität 10 Pfd.-Eimer M. 10,70 5 Pfd.-Eimer Mk. 6,20 Nachnahme 30 Pfg. mehr. Lehrer a. D. Rundsack, Hude 501. O'ld. In ein. Monat 900 Nachbestellungen. Rücknahme bei Nichtgefallen.

Ein fettes
Schwein
zk. 300 Pfd. zu verk.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Stärkende
Krankenweine
wie **Samos, Tarragona** usw. erhalten Sie infolge des großen Umsatzes in diesen Weinen zu staunend niedrigen Preisen in der
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22, Fernr. 2113

la Brechkoks
sowie
Hausbrandkohlen
Anthrazit p. p.
Lieferung frei Haus
Joh. Wilms
Fernruf 2124.

Bringe hiermit meine Abteilung
Sägewerk
in empfehlende Erinnerung. Einschnitt von Laub- und Nadelhölzern anerkannt schnell, fachgemäß und billigst.
Holen Sie bei größeren Posten meine Offerte ein. Auf Wunsch kann das Holz bei vorheriger Anmeldung sofort eingeschnitten und wieder mitgenommen werden.
Gerh. Tinnefeld, Wassermühlen
Rhede bei Bocholt. Fernruf Amt Rhede Nr. 6.

Unsere
Bezirks-Vertretung
für Bocholt und Umgebung
ist zu vergeben.
Herren, die an einer mit festen Bezügen, Spesen und Provisionen ausgestatteten leistungsfähigen Position Interesse haben und vermöge ihrer Beziehungen in der Lage sind, unser Geschäft tatkräftig auszubauen, werden gebeten, ihre ausführliche Bewerbung der
Generaldirektion der Frankfurter Allgemeinen Versich.-Akt.-Gesellsch. in Frankfurt a. M.
einzureichen.
— Vertrauliche Behandlung zugesichert. —
(Auch Nichtfachleute mit guten Beziehungen kommen nach erfolgter Einarbeitung in Betracht.)

DRUCKSACHEN
aller Art liefern schnell und billig
J. & A. TEMMING.

Stadt- und Bezirksvertretung
Leistungsfähiges, altes Fabrik- u. Handelsunternehmen des Rhein.-Westf. Industriebezirks sucht für den Vertrieb seiner techn. Artikel (Gummi- und Asbest-Dichtungen und -Packungen, Treibriemen u. Transportbänder usw.) **gesetzten Herrn als Vertreter,** der zu Behörden u. Industrien gute Beziehungen hat. (Bergwerks- u. Fabrikdirektoren a. D., sowie bisherige ehemalige Industriebeamte genießen den Vorzug.)
Angebote unter S. W. 12 15 an die Annonc.-Exped. Friedr. Schatz, Duisburg.

Vertreter

möglichst mit Fachkenntnissen der Eisenbranche, welcher Beziehungen zu den Spinnereien und Webereien hat, für den dortigen Platz gesucht.
Offerten unter Ck. 407 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen
zum Vertrieb eines epochalen Haushaltartikels mit glänzenden Verdienstangaben, der von jeder Hausfrau schon lange gesucht und daher schlank verkauft wird,
erstklassige Vertreter,
die mit langjährigem Erfolge die Verkaufsorganisation von Haus zu Haus durchgeführt haben. Herren, welche einen geschulten Untervertreterstab besitzen, erhalten den Vorzug. Auch für pensionierte Beamte geeignet.
Eilangebote an
Ecenome Aktiengesellschaft
Genera vertrieb
H. Kamp, Lippstadt Postfach.

Eine Wohnung
von 5 Räumen nebst Keller und gemeinsch. Waschküche ist ab 1. Feb. spätestens am 1. März **zu vermieten** Nähe Reichsbank am Osterntor.
Offerten u. C 314 an die Geschäfts. d. Bl.

2 schöne große
Zimmer
mit elkt. Licht, in ruhiger Lage in der Nähe der Stadt, an einzelnen Herrn od. Dame zu vermieten.
Offerten unt. C 411 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Junges Ehepaar mit 2 Kindern sucht
2-3 Zimmer-wohnung
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Damenbinden
in allen Ausführungen und Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Inventur-Ausverkauf

Um die kommende Frühjahrs-Saison mit nur neuer Ware zu beginnen, gebe ich meine Bestände in
hochwertiger Konfektion
zu bedeutenden Verlustpreisen ab. Hierunter befindet sich elegante Modell-Konfektion, größtenteils Neuheiten dieser Saison.

Einige Preisbeispiele:

Gesellschafts- und Tanzkleider
aus Crepe Georgette, Crepe be dine, Taffet usw.

Serie I	Serie II	Serie III
früher bis 49.—	früher bis 85.—	früher bis 140.—
25.—	**50.—**	**75.—**

Mäntel, ganz auf Seidenfutter mit Pelzgarnierung.

Serie I	Serie II	Serie III
früher bis 85.—	früher bis 125.—	früher bis 195.—
50.—	**75.—**	**100.—**

Beachten Sie meine Schaufenster.
S. B. Löwenstein

Capitol-Theater

Das führende Haus Westfalens.
Heute und an den folgenden Tagen
die mit größter Spannung erwarteten Aufführungen der größten Filmschöpfung
der Welt gewaltigster Film:



BEN HUR

Nach dem in sämtlichen Sprachen der Erde erschienenen **Roman aus der Zeit Christi** von General Lew Wallace.

An diesem Riesenwerk haben alle Nationen der Erde mitgewirkt. Dieser Film ist daher im wahrsten Sinne Gemeingut aller Völker.

Dieser Kolossalfilm ist nicht nur das Größte und Bedeutendste im Reiche der Filmkunst, sondern auch die gewaltigste Zusammenfassung von Menschen und Massen und allen Mitteln der Kunst und Technik, welche die Welt sich nur denken konnte, zu deren Verbildlichung nur der Film imstande ist.

Spieldauer 2½ Stunde. **14 gewaltige Akte.**

Jugendliche haben zu den ersten Nachmittagsvorstellungen Zutritt.

Fahrräder werden aufbewahrt.

„Juno" und „Cora"
Herde und Oefen
Gasherde
Große Vorräte **Billige Preise**
Verkauf auch an Private

Aloys Hungerkamp

Inh.: **Aloys und Heinrich Hungerkamp**
Eisenwaren-Großhandlung
Lager: Nordstraße 52 (Ecke Ostwall)

Hanomag-Automobile
jetzt billiger!
Man verlange Offerte vom autorisierten
Händler
Walter Fischer,
Wesel

Lanz-Zugmaschine
12 PS., gummibereift, billig zu verkaufen.
Gebr. Wessing,
Borken i. W.
Fernruf 217.

Wegen Sterbefall der Hausfrau suche zum baldigen Eintritt für frauenlosen Haushaltung eine kath.
Haushälterin
im Alter von 35—40 Jahren, welche Haus- und Gartenarbeiten verrichten kann.
Herm. Stelbermann,
Helderich bei Haldern Rhld.

Properes
Mädchen
im Alter von 14—16 Jahren für Vormitt. gesucht.
Herzogstr. 3.



Hier hilft nur
„Lebewohl"
das beste Mittel gegen
Hühneraugen
u. Hornhaut
Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: Stern-Drog. A. Steiner & Grote, Med.-Drog. H. Uhlenkotte, Drog. Bruns, Nordstr. 22